

Nr. 3208 IJ

II-6437 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

1992-06-30

A N F R A G E

der Abgeordneten Böhacker, Meisinger, Mag. Peter

an den Bundesminister für Öffentliche Wirtschaft und Verkehr

betreffend die Privatisierung des AI-Konzerns

Seit geraumer Zeit ist es - nach längeren ideologischen Rückzugsgefechten der SPÖ - das erklärte Ziel der Regierung, den früheren ÖIAG- und nunmehrigen AI-Konzern schrittweise zu privatisieren, was unter anderem auch aus der Regierungserklärung hervorgeht.

Entgegen den Vorstellungen der FPÖ, die seit jeher den Standpunkt vertrat, die Privatisierung der Staatsbetriebe solle - entsprechend der jeweiligen Situation der einzelnen Betriebe - einzeln erfolgen, beharrten die zuständigen Ressortminister, insbesonders Dr. Rudolf Streicher, stets auf einem Börsegang des Gesamtkonzerns, abweichende Vorstellungen einzelner Konzernmanager, insbesonders aus der ÖMV, wurden ignoriert bzw. unterdrückt.

Spätestens seit dem Bekanntwerden der katastrophalen Situation der AMAG ist aber klar, daß eine Privatisierung des Gesamtkonzerns in absehbarer Zeit nicht möglich ist, weil derart krisengeschüttelte Betriebe die Attraktivität des Gesamtkonzerns drastisch beeinträchtigen. Im Hinblick auf die Erfahrungstatsache, daß im Verstaatlichtenkonzern mit erschreckender Regelmäßigkeit ein Betrieb nach dem anderen in Schwierigkeiten gerät und dann mit Steuergeldern oder auf Kosten der Substanz des übrigen Konzerns saniert werden muß, erscheint eine Fortsetzung der bisherigen Privatisierungsstrategie nicht länger vertretbar.

106/AIPRIV.BÖH

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Öffentliche Wirtschaft und Verkehr nachstehende

Anfrage:

1. Wie beurteilen Sie aufgrund der Informationen, die sie als Eigentümervertreter über die Krise der AMAG haben, die Situation dieses Betriebs und welche Maßnahmen beabsichtigen sie hier zu veranlassen?
2. Welche Maßnahmen werden Sie als Eigentümervertreter treffen, um in Hinkunft hohe Verluste durch extrem riskante Auslandsexpansionen bei AI-Konzernbetrieben zu verhindern?
3. Aus welchen Mitteln werden die AMAG-Verluste abgedeckt bzw. können Sie ausschließen, daß hierfür der Einsatz von Steuergeldern erforderlich sein wird?
4. Besteht die Absicht, entsprechend den langjährigen FPÖ-Forderungen nach Privatisierung der Einzelbetriebe, einzelne Betriebe oder Branchenholdings zu privatisieren bzw. diese bei der Privatisierung der restlichen AI auszugliedern?
 - a. Wenn ja, um welche Betriebe handelt es sich dabei und welche Vorgangsweise ist bei diesen Betrieben geplant?
5. Für wann genau ist nach derzeitigem Stand der Börsegang der AI geplant?
6. Können Sie ausschließen, daß sich der Börsegang des AI-Konzerns bzw. aller seiner Bestandteile über die laufende Gesetzgebungsperiode hinaus verzögert?

106/AIPRIV.BÖH